



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **5 Jahre Klimaabkommen von Paris – jetzt umsteuern**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt angesichts des 5. Jahrestags des Pariser Klimaabkommens und der aktuellen Erfahrung aus der Corona-Pandemie fest:

- Der Klimawandel muss endlich als Klimakrise begriffen werden und sowohl die Folgen des Klimawandels als auch der Handlungsbedarf deutlich kommuniziert werden.
- Der Klimawandel ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern wird die Lebensbedingungen über Generationen verschlechtern.
- Klimapolitik muss endlich auf eine wissenschaftsorientierte Basis gestellt werden.
- Jedes Land und jedes Bundesland hat seine Verantwortung wahrzunehmen und seinen Anteil zu leisten, den völkerrechtlich bindenden Vertrag von Paris umzusetzen und den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf möglichst 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.
- Krisen wie die Erdüberhitzung werden nicht alleine durch Anreize und Förderungen bewältigt. Sie brauchen einen klaren Rechtsrahmen. Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben dies gezeigt.
- Der Schutz von Mensch und Umwelt hat Vorrang. Die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft ist entschlossen durchzuführen und durch eine breite Kampagne zum Klimaschutz zu begleiten.
- Eine mutige Entscheidung für ein europäisches Klimaschutzgesetz mit einer Reduktion der Treibhausgasemissionen von 60 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 ist notwendig.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf,

- die Krisenbewältigung gemeinsam zu denken und klimaschädliche Unterstützungsmaßnahmen zügig einzustellen und stattdessen sozial-ökologische Umbaumaßnahmen zu fördern
- ein rechtlich verbindliches CO<sub>2</sub>-Budget für den Freistaat einzuführen, das den Pariser Klimazielen entspricht
- als einen wichtigen Baustein die Erneuerbaren Energien Sonne und Wind als Rückgrat der bayerischen Energieversorgung bis 2030 zügig auf mindestens 30 Gigawatt (GW) Solarkraft und 10 GW Windkraft auszubauen
- sämtliche Entscheidungen unter einen Klimavorbehalt zu stellen und förmlich zu überprüfen, welche Alternativen am besten geeignet sind, die Pariser Klimaziele einzuhalten.

**Begründung:**

Coronakrise und Klimakrise werden in der öffentlichen Diskussion oft verglichen. Wenn gleich es große Unterschiede gibt (z. B. Folgen treten bei der Klimakrise erst Jahre und Jahrzehnte später auf, Folgen sind nicht vorübergehend) gibt es auch eine Fülle von Parallelen: Beide Krisen sind weltweite Krisen, die nur unter aktiver Beteiligung aller Länder gelöst werden können. Nicht-Handeln oder verspätetes Handeln führt zu höheren Schäden.

Angesichts des 5. Jahrestags der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens ist es dringend nötig, endlich Konsequenzen zu ziehen. Denn in den vergangenen fünf Jahren ist keine Trendwende in der Klimapolitik Deutschlands und Bayerns zu erkennen. In Bayern sind die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter gestiegen, die Anzahl der Pkw's ebenso wie die Anzahl der Fluggäste am Münchner Großflughafen haben bis zur Coronakrise zugenommen. Die von der Staatsregierung verkündeten 96 Maßnahmen können von ihr selbst hinsichtlich ihrer Reduktionswirkungen nicht beziffert werden. Deutschland ist nach dem neuesten internationalen Ranking der Klimaschutzbemühungen weiterhin nur im Mittelfeld.

Gerade die Coronakrise zeigt, wie wichtig entschlossenes und rechtzeitiges Handeln ist. Es erfordert klare Leitplanken und Steuerungsinstrumente, eine Politik der Anreize und Förderungen reicht offensichtlich nicht aus. Auch wird deutlich, dass alleine mit Technologien die Probleme nicht gelöst werden können. Vielmehr ist solidarisches Handeln wichtiger denn je. Individuelle Freiheit darf nicht dazu führen, dass andere Menschen Schaden leiden. Darum sind verschiedene klimaschädliche Lebensweisen verstärkt zu hinterfragen.